



Dr. jur. Klaus Asche
5. März 1933. Manager. Geboren in Helmstedt, Abitur in Hamburg. Kaufmännische Lehre bei Esso, anschließend Studium von VWL und Jura mit Promotion. 1963 Tätigkeit als Justitiar und im Vertrieb der Esso AG. 1964 Zulassung als Rechtsanwalt. 1970 Eintritt in den Vorstand der Holsten-Brauerei. 1980–1996 Vorstandsvorsitzender. Zahlreiche Ehrenämter, so u. a. 1990–1996 Präses der Handelskammer Hamburg. 1996–1999 Mitglied des Präsidiums des Übersee-Clubs.

Dr. Klaus Asche

Vorstands- und Kuratoriumsmitglied der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg

„Preußen ist überall – Totgesagte leben länger“

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bei uns so verbreitete Freude am Klagen setzt uns dem Verdacht aus, es fehle uns eigentlich an allem: an Geld, an einer erträglichen Umwelt, an Lebensqualität, Einsicht, Rücksicht und Weitsicht, an Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz, um nur wenige Winkel des vermeintlichen Jammertals unserer Tage zu erwähnen. Kein Mangel besteht dagegen an Erinnerungsdaten. Mit altmodisch Gedrucktem und neumodisch Dokumentiertem wird eigentlicher jeder Aufmerksamkeit versprechende Anlass zu Reminiszenzen genutzt. Apokalyptischen Ereignissen wird dabei – aus Gründen der Auflage und der Fernsehquoten – eine Präferenz vor den erfreulicheren eingeräumt.

Das Jahr 2001 verhiess nach allen bisherigen Erfahrungen allerdings keine Sensationen, denn 1951 hat Hans-Joachim Schoeps, der aus einer jüdischen Familie stammende, den Heimsuchungen unter dem Hakenkreuz nur mit Mühe entkommene Historiker, ziemlich allein gestanden mit seinem „Requiem auf Preußen“.

Auch der Rückblick auf die Erweiterung des norddeutschen Bundes zum Bismarckschen Reich war in den Jubiläumsjahren 1971 und 1996 kaum beachtet worden. Die Preußenausstellung 1981 hatte man immerhin zur Kenntnis genommen. Auch die Rückkehr des Sarges des großen Königs auf die Terrasse von Sanssouci hatte eine gewisse Aufmerksamkeit gefunden, wenn auch keineswegs nur zustimmende: Immerhin legte der sozialdemokratische Ministerpräsident Manfred Stolpe Rosen in den Farben des Schwarzen Adlerordens nieder, und Bundeskanzler Helmut Kohl nahm an der Zeremonie teil – selbstverständlich nur als Privatperson. Der Hohenfriedberger Marsch war zu hören, und die Armee meldete sich mit Namen zurück, die in Preußen einen guten Klang gehabt hatten und von denen einige zuletzt im Juli 1944 genannt waren, als sie auf den Exekutionslisten des Mannes aus Braunau standen.

Nun liegt mehr als ein halbes Jahrhundert hinter uns, seitdem Preußen als endgültig abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte betrachtet wird, denn die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten durch einen Beschluss des alliierten Kontrollrates am 25. Februar 1947 den Staat Preußen für aufgelöst erklärt, seine zentrale Regierung ebenso wie seine nachgeordneten Behörden. Zur Begründung wurde von den vier alliierten Militärgouverneuren angeführt, Preußen sei „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ gewesen. Dieses Verdikt war ebenso ungerecht wie irreführend, denn das Ziel der Besatzungsmächte war keine historisch-pädagogische Strafaktion, sondern die Absicherung der Teilung Deutschlands in vier Zonen. Dieser Teilung stand die Existenz des umfassenden und gut funktionierenden preußischen Verwaltungsapparates in einem großen Teil des Reiches entgegen. Widerstand war auf deutscher Seite nicht zu erwarten, denn im Osten und in Mitteldeutschland waren zwölf Millionen Menschen damit beschäftigt, ihr nacktes Leben als Flüchtlinge oder als Vertriebene zu retten, und in den westlichen Landstrichen lagen nahezu alle größeren Städte in Trümmern. Wolf Jobst Siedler konstatierte darum zutreffend: „Jetzt waren es nur noch Deutsche, die eine neue Heimat suchten.“ In der Tat: Das Aufgehen Preußens im Reich nach 1871 war gerade während der Heimsuchungen in und nach dem Zweiten Weltkrieg unübersehbar. Das Reich war nach und nach zum Einheitsstaat geworden. Diese Entwicklung lässt sich an der Vita Konrad Adenauers nachvollziehen. Sein Vater – aus einfachen Verhältnissen stammend – wurde wegen besonderer Leistungen in der preußischen Armee während des Krieges 1866 zum Offizier befördert, ein damals noch höchst seltener Vorgang, der einen bemerkenswerten sozialen Aufstieg der Familie

nach sich zog. Die Söhne studierten, Konrad Adenauer wurde höherer Beamter, heiratete ins Kölner Patriziat ein und wurde schließlich als Oberbürgermeister der Rheinmetropole Mitglied des preußischen Herrenhauses. Als er bei seiner Amtseinführung 1917 eine patriotische Rede hielt, erwähnte er trotz der Anwesenheit seines Regierungspräsidenten Preußen mit keinem Wort. Adenauers Preußenfeindlichkeit ist allerdings eine Legende. Gewiss: Ihm lag die heitere Welt des katholischen Rheinlandes sicherlich näher als das spröde protestantische Altpreußen mit seinen jahrhundertealten engen Beziehungen zu Osteuropa. Aber seine angebliche Aversion gegenüber dem Land östlich der Elbe galt jedenfalls nicht für den Debattenstil des preußischen Herrenhauses, den er – wie Golo Mann berichtet – für den vorbildlichsten aller Parlamente hielt, die er jemals erlebt hatte.

Nach der formellen Auflösung Preußens Anfang 1947 legte sich – so schien es – ein Schleier des Vergessens über seine Geschichte. Die Städte Preußisch Friedland und Preußisch Eylau lagen verloren im Osten. Firmennamen wie Preussag oder Preußen Elektra wurden immerhin geduldet, ebenso Clubnamen wie Preußen Münster oder das schwarz-weiße Fußballtrikot der deutschen Nationalmannschaft. 1956 wurde die Bundeswehr gegründet, und zwar mit dem Eisernen Kreuz als Symbol, das von Schinkel 1813 entworfen worden war. Viele preußische Truppenteile dienten damals wie heute als Traditionspaten der neuen Armee der Bundesrepublik Deutschland. 1957 wurde im Namen der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ Preußen wieder genannt. Vermutlich glaubte man, für eine Nachlassverwaltung das gerade zehn Jahre alte *vae victis* des alliierten Kontrollrates ignorieren zu können, zumal der begonnene Kalte Krieg zu einem ersten vorsichtigen Nachdenken über das versunkene Atlantis der alten europäischen Staatenwelt führte.

Es hat an Gehässigkeiten und Ungerechtigkeiten bei der Behandlung des Themas Preußen nie gefehlt. Hämisch über die preußischen Pickelhauben-Militaristen herzufallen gehört seit eh und je zum guten Ton in manchen Medien, obwohl im 19. und 20. Jahrhundert die meisten europäischen Armeen diesen mit einer Spitze oder mit einer Kugel versehenen Helm eingeführt hatten, von den USA und etlichen südamerikanischen Ländern ganz abgesehen. Was bei den Hochzeiten der englischen Königsfamilie oder bei der chilenischen Präsidentengarde noch in unseren Tagen als schick gilt, ist beim Blick auf Preußen für viele ebenso verwerflich wie jener angebliche Kadavergehorsam, der ausgerechnet der Armee vorgeworfen wird, in der eine weitgehende Delegation von Führungsfunktionen die längste Tradition hat.

Im Laufe der Jahre, in denen der „Wohlstand für alle“ nicht nur zum Programm erhoben, sondern Wirklichkeit wurde, in denen aber auch Egoismus, Unbescheidenheit, Pflichtvergessenheit und Disziplinlosigkeit den Kreis der Untugenden erweiterten, ergab sich ein erstaunlicher Trend: Man begann jene Tugenden zu vermissen, die man gern die ‚preußischen‘ nennt, obwohl sie keineswegs ein geografisches Exklusivprivileg genießen. Richard von Weizsäcker, geborener Württemberger und letzter Regimentsadjutant des preußischen Infanterieregiments 9, das die Tradition des Ersten Garderegiments zu Fuß des „vornehmsten Regimentes der Christenheit“ angetreten hatte, wies auf diese Vermisstensuche hin. Man könnte sie auch mit einem Phantom-schmerz vergleichen, den man nach dem Verlust von Gliedmaßen empfindet.

Die Hinweise auf das vermeintlich untergegangene Preußen wurden mit den Jahren respektvoller. Helmut Schmidt erwähnte, er sei 1974 Kanzler geworden, weil er ein „halbwegs preußisches Pflichtbewusstsein“ besessen habe, und sein Buch „Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral“ wirkt wie ein Memorandum aus der Feder Kants. Schmidts Pflichtenkatalog als Kontrapunkt zum Register der staatsbürgerlichen Rechte ist so aktuell wie nie zuvor. An weiteren Beispielen mangelt es nicht. Der Wirtschaftsführer Heinz Kriwet wurde der „geradlinige Preuße“ genannt, und einem anderen (Klaus Liesen) wurden öffentlich die „preußischen Tugenden, Disziplin und Zuverlässigkeit“ attestiert. Ein Hamburger Handelskammerpräses fühlte sich durch die Bezeichnung „hanseatischer Preuße“ hoch geehrt. Marion Gräfin Dönhoff gilt als das „preußische Gewissen“ und Herbert Weichmann, aus einer jüdischen Familie Schlesiens stammend, war das personifizierte „preußische

Pflichtbewusstsein“. Der einstige Reichskanzler Heinrich Brüning schrieb in seinem Nachruf auf den verdienstvollen Kurt Joël, weiland Reichsjustizminister und ein Opfer der nationalsozialistischen Rassenfanatiker,

– „Für mich war er der letzte Preuße im Sinne Friedrichs des Großen, Scharnhorsts und der beiden Humboldts“. Und wer über Potsdam als das „preußische Arkadien“ sprach, überraschte niemanden mehr.

In Hamburg, der an Legenden reichen Stadt, kokettiert man gelegentlich mit einem gespannten Verhältnis zu Preußen – wohl zu Unrecht, denn 1866 auf der richtigen Seite, also auf der Preußens gestanden zu haben, ohne noch rechtzeitig Truppen ins Gefecht führen zu müssen, war mehr ein zeitlicher Zufall als ein genialer Trick. Dass in der dem Adel angeblich so ablehnend gegenüberstehenden Freien und Hansestadt noch heute zahlreiche Patrizierfamilien leben, die sich in Preußen gern haben nobilitieren lassen, gehört zur Wahrheit ebenso wie die besondere Bewunderung, die Bismarck bei den Versmanns, Mönckebergs und vielen anderen Senatorenfamilien genoss. Bei dem bis 1919 bestehenden Verbot für Mitglieder des Senates Orden anzunehmen und zu tragen, war eine preußische Auszeichnung, das Eiserne Kreuz, ausdrücklich ausgenommen. Selbst der letzte Kaiser Wilhelm II., das „Fabeltier seiner Zeit“, war in Hamburg populär. Seine Besuche bei seinen Beratern Max Warburg und Albert Ballin sind unvergessen wie auch sein Auftreten bei maritimen Anlässen und beim Horner Derby. Auch kenne ich wenige Gebäude, die den Reichsadler mit dem preußischen Herzschild so oft zeigen wie das Hamburger Rathaus. Wenn sie dort als ständige Mahnung zur Besinnung auf die preußischen Tugenden betrachtet werden, so tun sie noch heute einen guten Dienst.

Dass die DDR – gewiss nicht leichten Herzens – die Behandlung der preußischen Geschichte mit Dynamit aufgab, als sie den Großen Friedrich wieder unter den Linden reiten ließ und als sie Bismarck durch die Feder Engelberts vom Ruf des säbelrasselnden Junkers befreite, soll nicht unerwähnt bleiben. Die Wachparade der Nationalen Volksarmee vor der Neuen Wache in Berlin im Stehschritt und im bekannten Feldgrau des Klassenfeindes gehörte in dieses Bild. Auch außerhalb unserer neuen durch die beiden verlorenen Kriege gezogenen Grenzen erleben wir eine unerwartete Entwicklung. In Polen – neuerdings auch in Russland – hat eine ernsthafte Beschäftigung mit der preußischen Geschichte begonnen. Die Periode des Zerstörens, des Auslöschens und des Totschweigens wird durch ein behutsames Aufeinanderzugehen abgelöst, durch unbefangene Fragen nach der Vergangenheit – der fruchtbaren wie der furchtbaren. So sorgte die Hamburger Zeit-Stiftung gemeinsam mit dem Dombaumeister, einem früheren russischen Pionieroffizier, für die Rettung des Königsberger Domes, und sie bemüht sich um die Bewahrung der bedeutenden prähistorischen Prussia-Sammlung im nördlichen Ostpreußen. Dass das verloren gegangene Kantdenkmal wieder im Zentrum Königsbergs steht, ist der Gräfin Dönhoff zu verdanken.

Lassen Sie uns zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurückkehren, nämlich zu der Frage, was im Jahr 2001 beim Blick auf Preußen zu erwarten ist. Der Umgang mit seiner Geschichte seit dem Federstrich der Alliierten vor 54 Jahren ließ allenfalls ein bescheidenes Interesse am 18. Januar 1701 vermuten, zumal nur einer Krönung, also einer Rangerhöhung, zu gedenken war. Hinzu kam, dass wir uns ohnehin nicht leicht mit Gedenktagen tun. So brachte der Sedantag nach 1871 zwar vaterländische Kundgebungen, Paraden für die Armee, für Turner, Sänger und sonstige Patrioten, die Kaiser und Reich oder König und Vaterland priesen. Aber ein fröhliches Volksfest für die ganze Bevölkerung wie im Gedenken an den Sturm auf die Bastille in Paris war ebenso wenig unsere Sache, wie es Revolutionen sind. Auch die Verfassungstage Weimars und Bonns waren nicht populär, und der 17. Juni, der an den niedergeschlagenen Aufstand in Berlin erinnerte, missriet zu einem bloßen Ausflugstag ohne historischen Bezug. Ob der 3. Oktober wirklich die Herzen höher schlagen lässt, bleibt abzuwarten. Alle diese Erfahrungen stimmten also nicht besonders erwartungsvoll. Vielmehr war in Anlehnung an den Titel eines im verlorenen Hinterpommern spielenden Familienromans „Nirgendwo in Poenichen“ oder in Erinnerung an die ergreifenden ostpreu-

ßischen Reiseberichte der Gräfin Dönhoff „Namen die niemand mehr nennt“ zu befürchten, dass die Königsberger Ereignisse von 1701 kaum oder gar nicht zur Kenntnis genommen wurden wie schon vor 50 oder 25 Jahren. Dann aber erregte ein würdiger Festakt im Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt Aufmerksamkeit, dem die Regierungschefs Berlins und Brandenburgs einen offiziellen Charakter gaben. Die Bundesregierung ließ sich durch den Bundesinnenminister vertreten, und der russische Gouverneur des Königsberger Gebietes hatte einen offiziellen Repräsentanten entsandt. Gleichzeitig wurde ein eindrucksvolles Programm zahlreicher Veranstaltungen und Ausstellungen vorgelegt. So wurde die Chance deutlich, die Erinnerung an die Königskrönung vor 300 Jahren nicht nur als verspäteten Nekrolog zu begreifen, sondern als Reaktivierung von zeitlosen Werten, die für das Zusammenleben von Menschen auch in unserer Zeit unerlässlich sind und bleiben.

Ebendiese Chance und die geografischen Gegebenheiten unseres Landes rechtfertigen eine Bestandsaufnahme unter der Überschrift „Preußen ist überall“, die auch Nicolaus Sombart für seinen Beitrag im Preußenjahrbuch gewählt hat: Schließlich sind die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland nahezu ganz aus dem 1947 ausgelöschten Preußen hervorgegangen. Aber auch die anderen acht haben preußische Wurzeln. Hamburg hat mit Wandsbek, Harburg und Altona einen beachtlichen preußischen Gebietszuwachs zu verzeichnen, und Bremen geht es ähnlich. Zu Sachsen gehört der niederschlesische Bereich Görlitz, Thüringen hat in Erfurt eine preußische Vergangenheit, Mecklenburg hat das von der einzigen Provinz Pommern abgetrennte Vorpommern aufgenommen, und zu Hessen gehört Kurhessen, Nassau und Frankfurt. Baden-Württemberg schließt das mit Preußen dynastisch verbundene Hohenzollern ein, und zu Bayerns fränkischem Bereich gehören Ansbach und Bayreuth mit ihren glücklichen Kapiteln preußischer Geschichte. Dass der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe beim Versuch, den Namen Preußen für sein Bundesland zu wählen, erfolglos blieb, soll nicht unerwähnt bleiben.

Ein weiterer Eindruck bestärkte mich darin, an die Stelle des melancholischen Themas „Preußen ist nirgendwo“ das ermutigende „Preußen ist überall“ zu setzen. Im Februar fand – wie in jedem Jahr – die traditionsreiche Matthiae-Mahlzeit statt, zu der Hamburgs Senat Gäste und „Vertreter befreundeter Mächte“ einlädt. Die Reden lassen genug Zeit, um den Ehrentisch zu beobachten. Dabei fiel mir auf, dass das just eingeläutete Preußenjahr im großen Festsaal des Rathauses sichtbar Gestalt angenommen hatte, denn neben der Fraktion der auswärtigen Gäste aus Schweden glich der deutsche Flügel einem preußischen Olymp. Zu ihm gehörten Hamburgs Ehrenbürgerin Marion Gräfin Dönhoff aus dem ostpreußischen Friedrichstein, ihr Landsmann, der Ostpreuße Siegfried Lenz aus Masuren, ebenso Hamburger Ehrenbürger wie Rudolf Augstein, der aus der einstigen preußischen Provinz Hannover stammt. Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde in dem damals noch preußischen Westfalen geboren und Bürgermeister Runde im westpreußischen Elbing. Last but not least ist Werner Otto zu erwähnen, Brandenburger von Geburt und Gesinnung, elder statesman der Wirtschaft und als Mäzen für uns alle Vorbild auf vielen Feldern weit über Selow und die Potsdamer Garnisonkirche hinaus.

Wenn uns Preußen überall begegnet und mit ihm die Bestätigung dafür, dass Totgesagte länger leben, so stellt sich die Frage: Welches Preußen ist gemeint? Das aus dem Elend des Dreißigjährigen Krieges hervorgegangene, zersplitterte, bettelarme und wehrlose Gebilde, dessen Aufstieg mit dem Großen Kurfürsten (1640 bis 1688) begann und dessen Existenz nach einem von zwei genialen Königen geprägten Jahrhundert nicht nur einmal auf des Messers Schneide stand? Denken wir an das zweite Kapitel, das friedliche zwischen Waterloo und der Entlassung Bismarcks aus dem Amt des Reichskanzlers, oder widmen wir uns dem tragischen dritten Abschnitt, der den wilhelminischen Abschied vom preußischen Königtum, die Weimarer Republik Otto Brauns bis zum Dritten Reich und die Liquidation durch die alliierten

Kriegssieger umfasst?

Ich folge – mit Einschränkungen – den Historikern, die das Ende Preußens in der Übernahme der Führungsrolle in Deutschland nach der Reichsgründung sehen. Bismarck, der die Politik als „Kunst des Möglichen“ verstand, war mit seinem hartnäckigen Kampf gegen jede Maßlosigkeit und gegen jeden Zweifel an der Saturiertheit Deutschlands die letzte Inkarnation des klassischen preußischen Staatsdenkens. Auch Wilhelm I., der erste Kaiser des Deutschen Reiches, hat sich selbst als letzter König des alten Preußens verstanden. Noch bei der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 in Versailles quälte ihn der Gedanke, den Staat Friedrichs des Großen zu Grabe tragen zu müssen. Mit seinem Tode (1888) und der Verabschiedung seines Kanzlers durch den Enkel Wilhelm II. endeten die beiden ersten Kapitel Preußens, an denen unsere Zeit zu messen sich lohnt. Der Abschnitt nach 1890 – geprägt durch das wilhelminische Deutschland, die Republik und die nationalsozialistische Ära – entfernte sich von den beiden vorangegangenen Jahrhunderten so sehr, dass wir oft Mühe haben, das friderizianische Preußen, das der Reformator des 19. Jahrhunderts und das Bismarcks wiederzuerkennen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Jahrzehnte nach der Reichsgründung zu einem bis dahin ungeahnten Aufschwung in der Wirtschaft und auf den Feldern der Wissenschaft führten. Siemens, Krupp, Emil Rathenau und Klöckner sind ebenso zu nennen wie Einstein und Max Planck.

Das Königreich Preußen zwischen 1701 und 1890 war ein in vieler Hinsicht merkwürdiges Staatswesen. Es war faszinierend und erschreckend zugleich, seiner Zeit so oft weit voraus und doch nicht selten reaktionär. Preußens Nationalfarben Schwarz und Weiß symbolisieren die Schwierigkeiten einer objektiven und gerechten Darstellung. Das Bild wird durch die oft unüberbrückbar erscheinenden Gegensätze in den Persönlichkeiten seiner Könige zusätzlich kompliziert, die im Hause Hohenzollern besonders ausgeprägt waren. Preußen war ein Kunststaat, kein natürliches von einem bestimmten Staatsvolk gebildetes Gemeinwesen. Seine Bewohner waren Preußen nicht von Geburt, sondern „durch Bekenntnis“ wie Hans-Joachim Schoeps sagt. Bedeutende Köpfe des Landes wie Stein, Hardenberg, Fichte, Hegel, Scharnhorst, Blücher, Gneisenau, Ranke, Stahl und Moltke waren keine „Geburts-“, sondern „Bekenntnispreußen“. Das Land besaß, anders als die meisten Gebiete im nördlichen Teil des alten Reiches, nicht einmal eine einheitliche deutsche Identität. Die Kurfürsten von Brandenburg, Herrscher über die „Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ hatten – oft durch Erbschaften – Gebiete auch außerhalb des Reiches erworben, so auch Preußen, das man später Ostpreußen nannte. Dass das bis 1945 ganz überwiegend von Deutschen bewohnte Ostpreußen bis zur Vertreibung seiner Bewohner nur ein knappes Jahrhundert seiner 600-jährigen deutschen Geschichte staatsrechtlich zum Deutschen Reich oder zum Deutschen Bund gehört hat, ist weitgehend unbekannt.

Der große Kurfürst – noch während des Dreißigjährigen Krieges auf den Thron gekommen – hatte sein arg zersplittertes Land weithin verwüstet übernommen. Zwei Drittel der Bevölkerung waren schutzlos den marodierenden Invasoren oder Seuchen zum Opfer gefallen. Berlin hatte nur noch 7500 Einwohner, das Land kaum mehr als zwei Millionen. Kurfürst Friedrich Wilhelm leistete in den 48 Jahren seiner Regierung nicht nur eine vorbildliche wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit, er baute auch – gleichsam als Akt der Notwehr nach der Schutzlosigkeit während des Krieges – eine schlagkräftige Armee auf und setzte sich gegen Schweden ebenso durch wie gegen Polen, dessen Lehnshoheit über Ostpreußen er abschütteln konnte. Sein Sohn Friedrich III. betrieb – wenn auch nicht ohne „hilfreiche Investitionen“ beim Kaiser in Wien – seine Rangerhöhung zum König. Dieser Schritt war vor ihm dem sächsischen Kurfürsten in Polen und nach ihm dem Kurfürsten von Hannover in England gelungen. Seine Krönung fand am 18. Januar 1701 in Königsberg als König Friedrich I. in Preußen statt, weil der königliche Rang nur außerhalb der Reichsgrenzen zu erreichen war und weil man außenpolitische Rücksichten auf Polen zu nehmen hatte.

Brandenburg und Preußen haben zu allen Zeiten eine starke Anziehungs-

kraft auf Zuwanderer aus anderen Ländern ausgeübt. Das galt nicht nur für Glaubensflüchtlinge wie die protestantischen Hugenotten und Salzburger, für Juden und Mennoniten, sondern auch für Polen und viele andere Immigranten. Sie alle – wegen ihrer guten Ausbildung und ihrer Loyalität, gelegentlich auch wegen ihres Wohlstandes hochwillkommen – bildeten die Staatsnation. Deren Angehörige waren in der Zeit der absoluten Monarchie Untertanen deutscher oder polnischer Zunge und sonst nichts. Dass sie auch evangelische und katholische Christen oder Juden waren, war in einem Staat, in dem nach einer These Friedrichs des Großen „jeder nach seiner Fassung selig werden konnte“, unerheblich. Ob man damals in Preußen als Deutscher oder als Pole lebte, war allenfalls bei der Regelung von Sprachproblemen interessant. Dass bis ins 19. Jahrhundert hinein die preußischen Könige auch polnisch sprachen, galt bei einem Bevölkerungsanteil der Polen von einem Viertel oder einem Fünftel als selbstverständlich. Noch 1815 wurde den im Großherzogtum Posen lebenden Polen die volle Sprach- und Kulturautonomie zugesichert. Es war nicht nur eine praktische Überlegung, sondern auch eine ausdrückliche Anerkennung dieser Eigenständigkeit, dass noch bis 1866 die Kommandosprache in polnischen oder sorbischen Truppenteilen der preußischen Armee die ihrer Soldaten, also polnisch oder sorbisch, war. Angesichts dieser Einstellung und der Tatsache, dass weite Bereiche der preußischen Ostprovinzen außerhalb des Reiches lagen, war es begreiflich, dass der Fraktionssprecher der polnischen Abgeordneten 1871 im Reichstag erklärte: „Wir wollen, bis Gott anders über uns bestimmt, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem Deutschen Reiche wollen wir nicht einverleibt sein“. Dass mit dem Erstarken eines ganz Europa erfassenden Nationalismus – übrigens zuletzt in Deutschland und Italien – diese Prinzipien zugunsten von völkischen Irrwegen aufgegeben wurden, gehört zu den Tragödien der europäischen Geschichte. Nach den segensreichen Zuwanderungen, die weit in das 19. Jahrhundert hineinreichten, wurde überall auf dem Kontinent der Ruf nach der Germanisierung, Russifizierung und zahllosen anderen ethnischen Zwangsmaßnahmen immer lauter, bis er im Rassenwahn der Nationalsozialisten und in der Deportationspolitik Stalins grausame Höhepunkte fand. Das vorläufig letzte Kapitel dieser für alle Beteiligten katastrophalen Entwicklung erleben wir in unseren Tagen beim Exodus von Volksdeutschen und Juden aus Osteuropa, in dem sie – oft über Jahrhunderte hinweg – am Aufbau der Wirtschaft, der Schulen, der Wissenschaft und der Forschung einen wichtigen, ja unverzichtbaren Anteil hatten.

Eine kluge Bevölkerungspolitik war für die Staatsnation Preußen eine Überlebensfrage. Friedrich der Große sagte, man müsse den Zuwanderern Tempel und Moscheen bauen, wenn sie nur das Land peuplierten, und sein Vater, Friedrich Wilhelm I., hatte diese Einstellung seines Sohnes in seinem eigenen Testament vorbereitet, in dem es hieß „Menschen halte ich für den größten Reichtum“.

Sicherlich ist Friedrich I., der 1701 gekrönte erste König in Preußen, mit seinem überragenden Vater nicht zu vergleichen. Er war ein Verschwender und repräsentierte mit seinem lebenslustigen und gänzlich überschuldeten Hof in Berlin eine ganze Fülle von Untugenden. Aber der gewiss auch aus Eitelkeit verfolgte Erwerb der Königswürde erwies sich schließlich doch als geeignete und tragende Basis für den Ausbau des Landes unter einem einheitlichen Namen zur europäischen Großmacht durch seinen Sohn und seinen Enkel. Auch die Rolle von Leibniz, die Gründung der Akademie der Wissenschaften in Berlin und das segensreiche Wirken seiner aus dem hannoverschen Welfenhaus stammenden Ehefrau, der Kurfürstin und späteren Königin Sophie Charlotte, sollten nicht vergessen werden.

Der Sohn des ersten Königs, der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), Gründer des ersten stehenden Heeres, zeigt die in den Persönlichkeiten vieler Regenten des Hohenzollernhauses liegenden Gegensätze besonders deutlich. Der tief gläubige Christ hielt jeden ungerechten Krieg für eine schwere Sünde. Eine starke Armee sah er lediglich als Garantie für sein in der Tat vielfach bedrohtes Land an, nicht etwa als Eroberungswaffe. Er bereitete die allgemeine Wehrpflicht vor und setzte eine umfassende Verwal-

tungsreform durch. Die Einnahmen seines Staates mussten die Ausgaben deutlich übersteigen, befand der „Plusmacher“, der deswegen auch keine Mühe hatte, Stettin samt Usedom und Wollin den Schweden für zwei Millionen Taler in bar abzukaufen. Das private Eigentum hatte zunächst dem Wohle des Staates zu dienen, und das „travailler pour le Roi de Prusse“ wurde zur Staatsraison. Jeder Bürger hatte seine Rechte durch die klaglose Übernahme von Pflichten zu verdienen. So hatte der Adel als Gegenleistung für bestimmte Privilegien das Offizierscorps und die höheren Beamten zu stellen. Durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht wurde der Bildungsstand der Bevölkerung angehoben, und des „Königs Rock“ gab auch dem kleinen Mann Reputation. Dass Friedrich Wilhelm seinen Willen allzu oft mit dem Knüppel durchsetzte, dass er auch in seiner großen Familie oft mit Grausamkeit herrschte, zeigt die düstere Seite seiner Persönlichkeit. Als er starb, sagte sein Sohn, der spätere Friedrich der Große: „Welch ein schrecklicher Mann! Aber auch Welch gerechter, kluger und sachkundiger Mann! Sie können sich nicht vorstellen, welche Ordnung er in alle Verwaltungszweige gebracht hat. Kein Fürst erreichte ihn in der Fähigkeit, in die geringsten Einzelheiten einzudringen. Und er drang in sie ein, um – wie er sagte – alle Teile der Staatsverwaltung auf den höchsten Grad der Vollkommenheit zu bringen. Nur durch seine Sorgen, seine unermüdliche Arbeit, seine von peinlichster Genauigkeit erfüllte Politik, seine große und bewundernswerte Sparsamkeit und die strenge Manneszucht, die er in dem von ihm geschaffenen Heer einführte, nur dadurch sind meine Leistungen ermöglicht worden.“

Dass Friedrich II. in Preußen und später von Preußen der Große werden sollte, war für viele eine Überraschung. Der junge Kronprinz, Schöngest, Flötenspieler und Komponist mit hohen Schulden, war dem Degen seines tobenden Vaters nur knapp entronnen, als er sich dessen Prügelregiment durch die Flucht entziehen wollte. Auf Desertion eines Offiziers stand die Todesstrafe. Sein Begleiter v. Katte starb dann auch vor den Augen des Kronprinzen durch das Schwert, dem der Thronfolger selbst nur wegen der massiven Interventionen der europäischen Höfe entkommen konnte.

Der Aufstieg Preußens unter dem Philosophen von Sanssouci faszinierte ganz Europa. In England nannte man ihn zuerst den Großen. Voltaire lebte Jahre in Potsdam. Wirtschaft und Bildung florierten. Die Verwaltung war unbestechlich. Toleranz wurde nicht nur befohlen, sondern gelebt. Mit der Schaffung des preußischen Allgemeinen Landrechtes wurde das in der damaligen Zeit fortschrittlichste Rechtssystem geschaffen, das unserem heutigen rechtsstaatlichen Denken schon sehr nahe kam. Der König entwickelte einen Verhaltenskodex, der zeitlos gültig war und ist. Und der Königsberger Philosoph Immanuel Kant präziserte in seinem kategorischen Imperativ: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“ Zivilcourage – von Bismarck später schmerzlich vermisst – wurde nicht nur geduldet, sondern erwartet. Ein Justizminister, der ein Urteil kassieren sollte, teilte dem König mit „Mein Kopf steht Eurer Majestät zur Verfügung, aber nicht mein Gewissen“. Unvergessen ist auch die Weigerung des Obersten Johann Friedrich Adolf von der Marwitz, ein Schloss des sächsischen Grafen Brühl zu plündern. Und einem blind gehorsamen Militär wurde bedeutet „Der König hat Sie zum Stabsoffizier gemacht, damit Sie wissen, welchem Befehl Sie nicht gehorchen dürfen“. Hier, wie auch im Falle des Generals von Yorck, der 1812 ohne Genehmigung seines Königs die Fronten wechselte und damit das Ende der Unterjochung Europas durch Napoleon I. einläutete, zeigt sich, dass das sicherlich oft bequemere „feine Schweigen“, von dem Fritz Stern spricht, im alten Preußen als unehrenhaft galt.

Das klassische Preußentum finden wir nach meiner Überzeugung zuletzt bei Bismarck. Darum bedeutete das Ende seiner Ära auch das Ende des eigentlichen preußischen Staatsdenkens. Mit dieser zeitlichen Einordnung widerspreche ich den Historikern, die den Untergang Preußens nicht mit der Reichsgründung oder Bismarcks Verabschiedung, sondern mit dem Ende der Monarchie 1918, mit der Intervention Papens 1932 oder mit dem Verbot der Alliierten im Jahre 1947 verbinden. Ich denke, dass das friderizianische Preu-

ßen und das der großen Reformers Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau mit Otto v. Bismarck, dem bedeutendsten europäischen Staatsmann des 19. Jahrhunderts, von der Weltbühne abgetreten sind. Der Staat, der vor 300 Jahren zum Königreich wurde, bestand also bei der Inszenierung des „Tages von Potsdam“ im März 1933 nicht mehr, als Hitler und seine Paladine ein perfektes, aber gleichwohl deprimierendes Beispiel für den Missbrauch der Regierung ablieferten, und es hatte auch ein Jahr vorher nicht mehr bestanden, als der Ostpreuße Otto Braun – damals noch amtierender preußischer Ministerpräsident – dem unseligen Reichskanzler Franz von Papen das Feld überlassen musste.

Mit Bismarcks Verabschiedung trat – zunächst unmerklich – eine gefährliche Maßlosigkeit an die Stelle des Maßhaltens und der „Kunst des Möglichen“. Der Kanzler, der sich 1866 geweigert hatte, die bei Königgrätz siegreichen preußischen Truppen in Wien einrücken zu lassen, weil ihm an einer schnellen Aussöhnung mit Österreich lag, hatte auch der Annexion Elsass-Lothringens fünf Jahre später zögernd gegenübergestanden. Er hegte Misstrauen gegenüber der im Zeitgeist liegenden Kolonialbegeisterung und dem Ruf nach dem Bau einer starken Flotte. So war es ihm zwei Jahrzehnte lang gelungen, die Welt davon zu überzeugen, dass das Deutsche Reich saturiert war und niemanden bedrohte. Seine besonderen Beziehungen zu Russland – durch den legendären Rückversicherungsvertrag vertieft – haben dabei eine große Rolle gespielt. Das Interesse in unseren Tagen an dieser Politik, deren leichtfertige Aufgabe unserem geplagten Kontinent eine Katastrophe von fast 75 Jahren beschert hat, wird die Weitsichtigkeit ermutigen, und zwar jenseits von Rapallo.

Das Abgleiten in die Maßlosigkeit nach dem Tod des alten Kaisers und der Entlassung seines Kanzlers war sicherlich kein spezifisch deutscher Vorgang. Der verhängnisvolle Chauvinismus dehnte sich vielmehr in ganz Europa aus. In Deutschland, dem Staat mit den meisten Nachbarn, war er mit dem Ruf nach einem Platz an der Sonne verbunden, mit einer rapiden Militarisierung des öffentlichen Lebens bis zum grotesken Uniformfetischismus im Operettenstil. Wilhelm II., in den Gedanken eines persönlichen Regiments verliebt, hielt unerträgliche Reden; der Hurrapatriotismus blühte, und die Schattenseiten dieser Großmannssucht wurden spätestens nach der Jahrhundertwende unübersehbar. Gewiss, die Nachbarn standen nicht abseits, im Gegenteil. Ähnliche Entwicklungen gab es auch anderswo, aber im einst so bescheidenen Preußen wirkten sie besonders befremdlich. Der vaterländische Rausch kam in Deutschland eher überraschend, denn durch das Vorbild des alten Kaisers und seines Kanzlers hatte man bis zu den 90er Jahren auf jedes entbehrliche Dekor verzichtet. So besaß das Reich keine Nationalhymne, und die schwarz-weiß-rote Flagge war eigentlich nur für die Handelsschiffahrt gedacht. Wilhelm I. hatte eine Kokarde in den Farben des Reiches stets abgelehnt. Er trug zumeist seine blaue preußische Uniform so wie Bismarck den Interimsrock seines Kürassierregimentes mit dem gelben Kragen (Fontane nannte ihn den Gelben). Mit dieser militärischen Gewandung wollte man nicht etwa martialisch wirken, sondern man bevorzugte sie häufig aus Gründen der Bequemlichkeit. Der Kanzler verletzte dabei gern die geltenden Vorschriften, etwa jene, die das Tragen eines Degens vorsah. Der schwarz-weiß-rote Flaggenwald kam erst mit Wilhelm II. Er war zunächst in den Reichsländern Elsass-Lothringen zu beobachten, dann bei der wachsenden kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppe in den Kolonien und schließlich auch in weiten Bevölkerungskreisen, die den Platz an der Sonne als eigenes persönliches Lebensziel betrachteten und in hohen Tönen besangen. Die so zum Nationalismus gesteigerte nationale Begeisterung wurde durch die schweren innenpolitischen Fehler, wie den Kulturkampf und die Sozialistengesetze, keineswegs gemildert. Im Übrigen glichen das von Bismarck 1867 und 1871 aus der Paulskirchenverfassung übernommene fortschrittliche Wahlrecht (one man one vote für Männer), von dem die Sozialdemokraten profitierten, und die vorbildliche Sozialgesetzgebung manche Fehlentwicklungen aus. So traten in den Jahrzehnten des dritten Abschnitts der preußischen Geschichte an die Stelle der in den beiden ersten Kapiteln

entwickelten Tugenden oder Spielregeln vielfach Großmannssucht und Imponiergehabe. Viele Menschen fanden Gefallen an Schwertgeklirr und Wogenprall und das keinesfalls nur in Deutschland. Dass es diese Spaßgesellschaft mit Schellenbaum nicht nur bei uns gab, ist kein Trost, denn die geopolitische Lage des Reiches war eine – verglichen mit den anderen Mächten – andere, stets gefährdete und zu hoher Sensibilität verpflichtende, was Bismarcks Nachfolger nicht rechtzeitig erkannten. Im Übrigen hatte und hat jede Zeit ihre Mode. Wenn in dem Dönhoffschen Essay „Preußen – Maß und Maßlosigkeit“ der silberne Garde du Corps-Adlerhelm Wilhelms II. als Symbol für die Maßlosigkeit der letzten Epoche des Kaiserreiches, für Imponiergehabe und Parvenutum abgebildet wird, so hätte sich der Verlag besser informieren müssen, denn diesen Lohengrinhelm gab es lange vor Wilhelm. Sein Onkel, Zar Nikolaus I. von Russland, reitet mit ebendiesem Helm schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf seinem Denkmal in Petersburg, und Walter Rathenau trug ihn als Einjährig-Freiwilliger der preußischen Gardekürassiere ebenso begeistert wie viele andere im In- und Ausland.

Was ist von Preußen geblieben, das man 1947 mit einem Fußtritt in den Orkus der Geschichte befördern wollte, begleitet von einer unsinnigen und ungerechten Begründung? Haben wir es mit einem lebensgefährlichen europäischen Störenfried zu tun oder mit einem Modell für ein modernes Gemeinwesen, in dem auch heute noch die unterschiedlichsten Menschen nach ihrer Fassung selig werden können, solange sie die allgemein gültigen Spielregeln einhalten? Heißt die Alternative Exerzierplatz für Kadavergehorsam oder Arkadien mit Akademien, Konzertsälen und Salons? Wir sollten eine Bestandsaufnahme und einen Vergleich auf einigen wenigen Feldern des heutigen Zusammenlebens in Deutschland wagen.

Frank Lothar Kroll weist in einem Kapitel seines unlängst erschienenen Buches „Das geistige Preußen“ auf die „Sehnsüchte nach Preußen“ hin, die ich Phantomschmerzen genannt habe, von denen uns auch die besten Prothesen nicht befreien können. 1981 hatte Joachim Fest noch von Preußen als einer „zusehends verblässenden Erinnerung“ gesprochen. Aber schon wenig später fanden in der einsetzenden Preußendiskussion die preußischen Tugenden zunehmendes Interesse. Kroll nennt Schlichtheit, Sparsamkeit, Gewissenhaftigkeit, Pflichtbewusstsein, Verantwortungsgefühl und Einsatzfreude, das Bemühen um Redlichkeit, Anständigkeit, Unbestechlichkeit und nicht zuletzt die Bereitschaft zu Dienst und Leistung, zu Opfer und Verzicht. Vermutlich mit dem Blick auf Oskar Lafontaine, der Helmut Schmidts Forderung nach ebendiesen Tugenden durch den unverzeihlichen Hinweis abzuwehren versuchte, mit derlei Sekundärtugenden könne man auch ein Konzentrationslager leiten, hat Kroll treffend festgestellt:

„Die preußischen Tugenden waren ... niemals Selbstzweck. Sie waren zielorientiert und handlungsethisch motiviert – stets bezogen auf ein überpersönliches, die Einzelinteressen bündelndes Ganzes, auf den Staat und auf die Gemeinschaft als den jeweils real gegebenen Ausdrucksformen des kollektiven Besten ...“

Kroll nennt die preußischen Tugenden „eine Art Kontrastprogramm zu der vom Prinzip des gesellschaftlichen Pluralismus und vom Gedanken individueller Selbstverwirklichung getragenen modernen Massendemokratie“, die für den typisch preußischen Denkstil der „Freiheit in der Gebundenheit des Dienstes“ keinen Raum mehr bietet. Ihm ist sicherlich zuzustimmen, wenn er davor warnt, die preußischen Tugenden wie „abstrakte und jederzeit austauschbare Versatzstücke in einer unverbindlich geführten Wertediskussion zu konstatieren“, sondern verlangt, spezifische in der Staatsraison Preußens begründete Eigenschaften zu diskutieren. Kroll sagt:

„Zu diesen Eigenschaften zählte eine tolerant gehandhabte Asylpraxis, die seit 1685 (Edikt von Potsdam) Verfolgten und Flüchtlingen aus ganz Europa Aufnahme und Einbürgerung gewährte und Preußen – weit vor den Vereinigten Staaten – zum klassischen Einwanderungsland machte; zu ihnen zählte die Tradition des Rechtsstaates, der die Obrigkeit bereits im 18. Jahrhundert, endgültig seit 1794 (Allgemeines Landrecht), an Gesetz und

Recht band; zu ihnen zählte die Forcierung einer sozial engagierten Politik, die nicht erst seit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (ab 1883) der Obrigkeit die Sorge für das Wohl auch und gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten zur Pflicht machte; zu ihnen zählte schließlich ein beachtliches kultur-, bildungs- und wissenschaftspolitisches Engagement, das in der staatlichen Förderung der Künste, in der Pflege der Forschung und in der Ausgestaltung der Universitäten ein Aufgabenfeld ersten Ranges erblickte.“

Staatsdiener

Was ist von den Eigenschaften, die Kroll nennt, geblieben? Ist die Unbestechlichkeit des öffentlichen Dienstes nur noch ein Wunschtraum, eine schmerzhaft Erinnerung an eine bedeutsame preußische Tugend? Ich denke nein. Sicherlich gilt die Bestechlichkeit eines Beamten nicht mehr als die Todsünde, die sie im Verhaltenskodex des Soldatenkönigs und Friedrichs des Großen war. Dieser Kodex verlangte eine uneigennützig Hingabe an den Dienst, eine gewissenhafte Pflichterfüllung, absolute Unbestechlichkeit, Schlichtheit und Würde im Auftreten und nicht zuletzt Sparsamkeit. In Schlieffens Charakterisierung des älteren Moltke werden diese Postulate präzisiert: „Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen.“ Nun wäre es wirklichkeitsfremd anzunehmen, dass die beklagenswerte Erosion im allgemeinen Rechtsbewusstsein den öffentlichen Dienst ausgespart hätte. Wo rechtsfreie Räume, Steuerhinterziehung, Schwarzfahren, Sachbeschädigung, Hausbesetzungen und „Gewalt gegen Sachen“ geduldet oder gar verteidigt werden, kann es kein Paradies der weißen Westen geben. Zweifellos: Die Hemmschwelle sinkt, wenn auch nicht in bedrohlicher Weise. Während die Korruption in China, in der sie allerdings eine lange Tradition hat, 13 bis 16 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmacht, ist sie in Deutschland nach wie vor auf Einzelfälle, vor allem in den großstädtischen Kommunalverwaltungen, beschränkt. So konnte der Bundesdisziplinaranwalt in seinem letzten Jahresbericht feststellen, „dass unser Öffentlicher Dienst ... nach wie vor zuverlässig ist“. Einige Deliktgruppen nahmen sogar ab. Gleichwohl sei höchste Aufmerksamkeit geboten. Allerdings sollten die Medien auf den Unterschied zwischen eingeleiteten Verfahren und rechtskräftigen Urteilen achten. Die Neigung zur Vorverurteilung allein durch Verdächtigungen ist in einem rechtsstaatlichen System, in dem die Unschuldsvermutung gilt, verhängnisvoll und gefährlich, leider aber außerordentlich verbreitet. Verantwortlich dafür sind nicht allein die Journalisten, sondern auch Politiker, die – etwa in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen – vor allem politische Vorteile suchen und weniger die reine Wahrheit. Im Übrigen ist es ein Gebot der historischen Redlichkeit, darauf hinzuweisen, dass bereits durch Hitlers Dotationssystem den Spitzenstaatsdienern des Dritten Reiches aus der Sonderschatulle des Führers Beträge zuflossen, die ihre normalen Bezüge oft deutlich übertrafen. Diese Wohltaten des Mannes aus Braunau waren mit den in allen Ländern üblichen Ehrengeschenken etwa nach gewonnenen Kriegen, der Reichsgründung oder anderen vergleichbaren Leistungen in keiner Weise zu vergleichen. Sie sollten vielmehr Minister, Feldmarschälle, Generaloberste und ähnliche Chargen zu Dankbarkeit und im Zweifel zum Schweigen ebenso verpflichten wie zum blinden Gehorsam – ein bedrückendes Kapitel, wenn man bedenkt, dass ein beachtlicher Anteil der 28 nach 1935 zum Feldmarschall beförderten Offiziere aus dem preußischen Adel stammte. In eine Hand, die mit Geld gefüllt wird, passt offenbar selbst dann keine Pistole, wenn eine Katastrophe verhindert oder jedenfalls beendet werden muss. Dass sich auch die Namen prominenter Sozialdemokraten auf Hitlers Liste finden, ist kein Trost. Auch aus diesen Erfahrungen wird deutlich, dass sich bestimmte Bereiche unseres Gemeinwesens mit dem alten Kaiser und seinem Kanzler vom altpreußischen Denken verabschiedet hatten.

Angesichts der unübersehbaren Aufweichungstendenzen haben wir allen Anlass, auf die Unbestechlichkeit des öffentlichen Dienstes besonders zu achten.

Sind Anstand und Würde verloren gegangen?

Zum Anstand gehört auch das Einlösen von Dankeschulden. Zwar ist der sprichwörtliche Undank der Welten Lohn, darum gehört diese Seite des Anstandes nicht gerade zu den vom Zeitgeist bevorzugten. Es ist wohl wahr, dass die Neigung, Revanche für Missetaten zu üben und Untaten heimzuzahlen, ungleich größer ist, als sich dankbar zu erweisen. Aber gerade wir Deutschen haben gute Gründe, Wohltaten, die wir empfangen haben, nicht zu vergessen, denn einige von ihnen waren existenzbewahrend. So hat Russland Preußen und später das Reich immerhin fünfmal vor dem Untergang bewahrt:

- Im Siebenjährigen Krieg, als der Große Friedrich und sein noch so junges Königreich einer alliierten Übermacht zu unterliegen drohten, wechselte Zar Peter III. von Russland die Fronten; Preußen siegte und blieb erhalten.
- 1812 läutete Zar Alexander I. das Ende der napoleonischen Gewaltherrschaft über nahezu ganz Europa ein, eines äußerst bedrückenden Regimes, das große Teile des Reiches annektiert hatte. Auch die Freie und Hansestadt Hamburg war damals Teil des französischen Kaiserreiches. Russische Truppen befreiten die Stadt 1813 unter dem Kommando des Obersten von Tettenborn, der Hamburgs erster Ehrenbürger wurde.
- 1870 sicherte St. Petersburg der preußischen Regierung Neutralität zu. Da der dritte Napoleon nur vier Jahre vorher, ohne zu zögern, linksrheinische Gebiete, Mainz und die Pfalz als Preis dafür gefordert hatte, sich nicht auf die österreichische Seite zu schlagen, lässt sich unschwer ahnen, wie eine Niederlage Preußens und der süddeutschen Länder geendet hätte.
- Die Gefahr einer Zerschlagung des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Versailles vor allem wegen der fragilen Situation in Osteuropa nach der Oktoberrevolution von 1917 abgewehrt. Russland – im Frieden von Brest-Litowsk nicht gerade fair vom Deutschen Reich behandelt – rettete seinem einstigen Kriegsgegner so ohne eigenes Zutun die Existenz.
- Die Rolle Gorbatschows, der damals noch Präsident der UdSSR und Generalsekretär der KPdSU war, verpflichtet uns wohl am stärksten zur Dankbarkeit. Ohne seine mutige Entscheidung und die Unterstützung durch die USA wäre Europa geteilt geblieben und mit ihm unser Land. Dass die evangelischen Kirchen sich damals geweigert haben, ihre Glocken zu läuten, bleibt unverzeihlich, unvergessen und abstoßend.

Wenn wir den äußerst mühsamen Weg Russlands, mit dem uns vor den grauenvollen Erlebnissen und schrecklichen Zeiten von 1914 bis 1990 Jahrhunderte einer fruchtbaren Zusammenarbeit verbunden haben, unterstützen, folgen wir dem Gebot der Dankbarkeit. Nur so können sich – wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg im Verhältnis zu Frankreich – die Wunden auf beiden Seiten schließen. Die Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten ist gerade in diesem Jahr in besonders eindrucksvoller Weise zum Ausdruck gebracht worden. Die USA haben das 1919 in Versailles von Rachsucht und Kurzsichtigkeit diktierte Vertragswerk, das nur Unheil über die Welt gebracht hat, aber keinen Frieden, niemals ratifiziert. Seit Preußen 1785 den ersten Handelsvertrag mit den gerade selbstständig gewordenen USA unterzeichnet hatte und seit der preußische General von Steuben Preußentum im klassischen Sinne in Nordamerika vorgelebt hatte, sind die Verbindungen eng geblieben und durch die Millionen deutscher Auswanderer vertieft worden.

Lassen Sie uns einen Blick auf das Jahr 1945 werfen

Die Besinnung auf die Tugenden, Fleiß, Disziplin, Altruismus, Leidenschaft und Bescheidenheit hat nach der Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus dem Osten und der Flucht von drei Millionen aus der sowjetischen Zone nicht nur unzähligen Menschen das Leben gerettet. In der beispiellosen gemeinsamen Kraftanstrengung der Einheimischen und der Heimatlosen, das zerstörte und amputierte Deutschland wieder aufzubauen, lag auch der

Schlüssel zu einem wirtschaftlichen Aufstieg in die Weltspitzengruppe nach den USA und Japan, dessen Erfahrungen ähnlich waren. Wer selbst miterlebt hat, wie mühsam und zäh dieser Wiederaufbau aus dem Nichts war, wird gerade dieses eindrucksvolle Kapitel unserer Geschichte in dankbarer Erinnerung behalten. Es ist allenfalls mit den Jahren nach dem Dreißigjährigen Krieg und nach der Niederlage von 1806 zu vergleichen. Aus dem Kampf der Flüchtlinge um das bloße Überleben sind nicht nur bedeutende Gesellschaften hervorgegangen, wie der Otto-Versand, die ECE, die Helm AG und die Hauni-Werke, sondern auch Millionen von Arbeitsplätzen, Millionen von Eigenheimen und jene Kräfte, die wir innovatorische Energie nennen. Dass die Entwicklung in den östlichen Bundesländern nach ihrer 45-jährigen Isolierung ein ähnlicher Erfolg sein wird wie im Westen des Landes, steht für mich außer Frage. Die allzu lauten Klagen über den steinigen Weg stoßen nicht nur in Ost-Europa auf Unverständnis, sie behindern die angestrebte Angleichung auch in unangemessener Weise.

Über den Umgang mit der Vergangenheit

Wer Napoleon folgt, der meinte, Geschichte sei die Lüge, auf die man sich geeinigt habe, wird den Begriff der political correctness schnell adaptieren. Wer dagegen dem Altmeister der Historiker Leopold von Ranke folgt, versteht die Vergangenheit als Pflicht, auf die ursprünglichen Quellen zurückzugehen, nicht etwa als Wertung aus einer späteren Erkenntnislage. Historiker, sagt Ranke, sollen nicht richten und lehren, sondern nur zeigen, „wie es eigentlich gewesen“. Diesem Postulat entspricht übrigens auch die Eidesformel, die den Schwörenden verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen. Klaus von Dohnanyi, der einstige Hamburger Bürgermeister, präzisiert Ranke wenn er sagt: „Das Wichtigste ist Offenheit ... auch über Namen und Zusammenhänge, ... man muss ganz offen über die Vergangenheit reden, auch dort, wo es schmerzt. Und schmerzen tut es immer dort am meisten, wo Namen genannt werden.“ Im krassen Gegensatz zu Rankes Gebot der Aufrichtigkeit bemühen sich die Verfechter der political correctness um ein „volkspädagogisch gewünschtes Geschichtsbild“, wie Golo Mann spöttisch anmerkt. Die Bezeichnung correctness steht nicht selten für Unkorrektheit, für Ungenauigkeit, Manipulation und Vorverurteilung. So wie der Name Prawda (Wahrheit) für das Zentralorgan der sowjetischen Kommunisten eine schlimme Irreführung war, so ist es oft mit der political correctness. Sie kann schon deshalb kein Maßstab für ein tolerantes menschliches Miteinander sein, weil sie diskriminiert und neue Feindbilder schafft, wie Vera Lengsfeld feststellt, eine Bundestagsabgeordnete, die aus der früheren DDR-Opposition hervorgegangen ist. Sicherlich spielen auch ein in unserem Land von manchen besonders kultivierter Selbsthass und ein Hang zur Selbstbeichtigung eine Rolle.

Die ständige Verletzung der Rankeschen Forderung nach Objektivität in der historischen Betrachtung ist nicht ungefährlich. Dazu nur ein Beispiel: Die Behandlung der Kriegsschuldfrage 1919 in Versailles löste nicht nur die Empörung der ganzen Nation von der extremen Linken bis zur extremen Rechten aus. Sie bereitete auch Hitler den Boden. Leider hält die Gefahr historischer Fälschungen an. Der russische Präsident Putin warnte bei seinem kürzlichen Besuch diejenigen, die ständig die Gefahr von „Deutschtümelei und Großmannssucht“ beschwören. Er sagte: „Ich halte diese Position für falsch. Kein Land darf ewig unter der Schuld leiden, die es einmal in der Geschichte auf sich geladen hat.“ Ähnlich hatte sich schon vor Jahrzehnten Charles de Gaulle geäußert. Dennoch wagt kaum jemand, öffentlich selbst den unsinnigsten Behauptungen über die Zeit des Nationalsozialismus entgegenzutreten. Nicht einmal Helmut Schmidts Kritik an der Dimensionierung des Berliner Holocaustdenkmals wurde publiziert. Die oft plumpen Fälschungen in der bekannten Reemtsma-Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ (nicht etwa von Wehrmachtangehörigen) wurden von jungen Geschichtsforschern aus Polen und Ungarn beanstandet, nicht etwa von deutschen Historikern. Der Vorwurf Weizsäckers, die Deutschen hätten nach 1933 allzu oft weggesehen, und der Essay von Fritz Stern „Das feine Schwei-

gen“ haben offenbar noch immer eine bedrückende Aktualität. Walsers Paulskirchenrede, die Debatte um die Benesch-Dekrete und die haarsträubenden Thesen Daniel Goldhagens sollen nur beispielhaft genannt werden. Allerdings sollten sie uns nachdenklich stimmen. Wenn Geschichte so betrieben wird, sind die Rattenfänger nicht weit. Wer versucht, die Schuld an grausamen Verbrechen auch nachfolgenden Generationen zuzuordnen, obwohl Schuld doch nur individuell verstanden werden darf, gefährdet das Verantwortungsbewusstsein der Bürger eines Gemeinwesens für dessen ganze Geschichte, d.h. für seinen Ruhm, seine Erfolge und die von ihm ausgehenden Wohltaten ebenso wie für sein Versagen, seine Schandtaten und die dunklen Seiten seiner Vergangenheit. Die Härte des Historikerstreites ist vermutlich nur bei uns möglich. Dieser erbitterte Streit über die Anerkennung der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen (politisch korrekt des deutschen Volkes) hat im Ausland Kopfschütteln ausgelöst. Der englische Historiker Alan Bullock bemerkt dazu kühl und treffend: „... eine Einzigartigkeit hebt nicht die andere auf.“ Mit anderen Worten: Erlittene Verbrechen können begangene nicht relativieren – eine Binsenweisheit!

Dass jene Eiferer, die überall nur willige Mittäter sehen und damit dem „Vollstrecker des Bösen“, wie Hans Bernd von Haeften Hitler vor dem Volksgerichtshof genannt hat, zu späten Siegen verhelfen, wird oft übersehen. Das deutsche Volk solle vergehen und vernichtet werden, wenn es nicht mehr stark genug sei, hatte der österreichische Führer Ende des Krieges empfohlen. Diesem Wunsch wird in bestimmten Kreisen noch immer gefolgt.

Ich denke: Allein die Rückbesinnung auf den Kanzler der Friedensklasse des preußischen Ordens Pour le mérite, Leopold von Ranke, kann uns die Souveränität der historischen Darstellung zurückgeben und erhalten. Dazu ist Offenheit ebenso erforderlich wie ein Optimum an Objektivität, aber auch jenes Mindestmaß an Würde, auf die die Generationen vor uns Anspruch haben, von denen wir den Staat übernommen haben, den wir durch unsere Zeit zu tragen haben.

Eine Anmerkung zum Toleranzgebot

Die gegenwärtig mit zunehmender Schärfe geführte Debatte um die dringend erforderliche Neuordnung der Zuwanderung wäre zu versachlichen, wenn man sich der über Jahrhunderte hinweg bewährten Übung in Brandenburg und Preußen erinnern würde. Gewiss – den religiös Verfolgten Asyl zu gewähren war Christenpflicht. Aber die Entscheidung, Untertanen unterschiedlicher Zungen aufzunehmen und einzugliedern, hatte seit dem großen Kurfürsten auch handfeste Gründe: Die Ankömmlinge brachten Fertigkeiten mit; sie waren hervorragende Handwerker wie die Hugenotten, gute Landwirte wie die Schweizer und die Salzburger, oder sie hatten wirtschaftliche Verbindungen wie viele Juden, gelegentlich auch Geld. Mit diesem Pfund hatten sie zu wuchern als Teil des Ganzen. Dass alle Neubürger ganz selbstverständlich die Staatsraison des Landes, also die Spielregeln für das Zusammenleben seiner Bürger, zu respektieren hatten, wurde von niemandem in Frage gestellt. Den Begriff „Leitkultur“ hätte man freilich in dem der französischen Kultur so eng verbundenen friderizianischen Preußen nicht verwendet.

Das Verhalten des alten Preußen gegenüber seinen jüdischen Einwohnern ist – verglichen mit den meisten anderen europäischen Ländern – ein Ruhmesblatt. 1812 kam es unter Hardenberg zu einer ersten umfassenden Emanzipation, wenn auch noch mit bestimmten Einschränkungen. Aber das nachfolgende 19. Jahrhundert brachte eine geradezu überwältigende Entfaltung des deutschen Judentums vor allem in Preußen. „Vielleicht nie und nirgendwo sonst“, sagt Fritz Stern in seiner Studie über Bismarck und seinen Bankier Gerson Bleichröder, „ist eine Minderheit so schnell und erfolgreich aufgestiegen, wie im 19. Jahrhundert die Juden.“ Hamburg war mit Gabriel Riesser, einem bedeutenden Kopf in der Paulskirche, und den dem Haus Hohenzollern eng verbundenen Max Warburg und Albert Ballin und vielen anderen in diesem Prozess prominent vertreten.

Dass die Verantwortung für die Verbrechen am europäischen Judentum im

20. Jahrhundert vom deutschsprachigen Raum ausging, bleibt angesichts der Geschichte des Judentums in Deutschland, vor allem aber in Preußen, eine unfassbare Tragödie. Umso ermutigender ist die ganz unerwartete Erweiterung der bisher nur kleinen jüdischen Gemeinde durch russische Juden, die den Verbleib in Deutschland der Auswanderung nach Israel vorziehen.

Aber auch andere nicht christliche Religionen waren im toleranten Preußen willkommen. So unterhielt Friedrich der Große eine muslimische Bosniakeneinheit, und der königlich-preußische Leutnant Osman war als Heeres-Imam Prediger der preußischen Mohammedaner. Ende des 18. Jahrhunderts lebten etwa tausend Muslime in Berlin und Umgebung.

Dass nach dem Ausscheiden Wilhelms I. und Bismarcks auch in dem mehr und mehr im Reich aufgehenden Preußen Antisemitismus und Neid auf jüdische Erfolge Boden gewannen, gehört zu den bedrückenden Kapiteln des Niedergangs eines Staatswesens, dessen vielleicht bedeutendste Tugend die Toleranz war.

Dass die Intoleranten wie Hitler und seine engsten Spießgesellen nicht aus dem altpreußischen Bereich stammten, tröstet uns wenig, eher schon die Tatsache, dass unter denen, die seinem Tun entgegneten, Preußen besonders stark vertreten war.

Wie stand und steht es mit der Ehre und der Würde?

Marion Gräfin Dönhoff spricht in der Erinnerung an die Toten des 20. Juli 1944 vom „Beispiel der Besten, die ihr Leben gegeben haben – für die Wiederherstellung der Ehre und Würde ihres Volkes“. Das alte Preußen zollte der Würde seiner Landeskinder hohen Respekt. Die blaue Uniform, die der junge Kronprinz Friedrich noch als „Sterbekittel“ verhöhnt hatte und die er mehr als 50 Jahre tragen sollte, sicherte dem Soldaten – auch oder besonders den Mannschaftsdienstgraden – Respekt. Die Würde der Persönlichkeit und ihr Schutz, heute vom Grundgesetz garantiert, hatten mit der oberflächlichen Kasinoehre junger Kavallerieoffiziere nichts zu tun. Theodor Fontane hat in seinem „Schach von Wuthenow“ gesagt: „Da haben Sie das Wesen der falschen Ehre. Sie macht uns abhängig von dem Schwankendsten und Willkürlichsten, was es gibt, von dem auf Trieb sand aufgebauten Urteilen der Gesellschaft, und veranlasst uns, die heiligsten Gebote, die schönsten und natürlichsten Regungen eben diesem Gesellschaftsgötzen zum Opfer zu bringen, und diesem Kultus einer falschen Ehre, die nichts ist als Eitelkeit und Verschrobenheit.“

Jener Marwitz, der sich weigerte zu plündern, lebte dagegen den wirklichen Ehrbegriff vor, ebenso der General von Alvensleben, der drei hochrangige Offiziere zum Rücktritt zwang, weil sie sich geweigert hatten, einen blutjungen Leutnant gegen eine Beleidigung des russischen Gesandten in Schutz zu nehmen, der sich selbst in honorigster Weise bei seinem Kontrahenten entschuldigte. Diese Geschichte ist offenbar auch dem Bundeskanzler bekannt gewesen, als er sich unlängst von einem hohen Beamten trennte, der in übler Weise Bundeswehrsoldaten beleidigt hatte.

Mit welcher Behutsamkeit das alte Preußen, das uns heute beschäftigt, auf die religiösen Gefühle seiner Bürger einging, zeigt sich an einer Anordnung des Königs in der Mitte des 19. Jahrhunderts: Nichtchristen (in der Regel Juden, in seltenen Fällen aber auch Muslime) erhielten den hochgeschätzten Roten Adlerorden (um dessen Erneuerung sich Ministerpräsident Stolpe bemüht) nicht als Ordenskreuz, sondern als Stern, um ihnen das Tragen eines christlichen Symbols zu ersparen.

Erst als zahlreiche ausgezeichnete Juden diese Regelung ablehnten, gab man sie wieder auf.

Auf den Respekt vor der Sprache und der Kultur der zugewanderten Ausländer ist bereits hingewiesen worden. Er galt nicht zuletzt dem Namen des Einzelnen, der Gemeinde und der Gemeinschaft wie auch ihren Symbolen. Solange in Ostpreußen noch Pruzzisch gesprochen wurde, die Sprache der slawischen Ureinwohner, erschien der Katechismus selbstverständlich in einer pruzzischen Ausgabe. Als die Sprache erloschen war, erinnerten noch Hunderte von pruzzischen Ortsnamen an die Vergangenheit. Erst der Rassen-

wahn der Nationalsozialisten zerstörte auch den Respekt vor den uralten Namen, denn Ende der dreißiger Jahre wurden die pruzzischen Ortsnamen durch angeblich „germanische“ ersetzt. Aus Stallupönen wurde Ebenrode und aus Pillkallen Schlossberg. Der Verpflichtung der jüdischen Bevölkerung, den Namen Sarah oder Israel dem eigenen Vornamen anzufügen, lag dieselbe Perfidie zugrunde. Nach dem 20. Juli 1944 wurde sie im Zusammenhang mit der Sippenhaft erneut bestätigt, als die Kinder der am Attentat Beteiligten ihren Familiennamen ablegen mussten. Mein alter Freund Gyula Trebitsch erwähnt in einem autobiographischen Bericht über seine Häftlingsjahre in deutschen Konzentrationslagern, die Degradierung zu einer namenlosen Nummer sei die schwerste psychische Belastung während dieser entsetzlichen Zeit gewesen. Angesichts solcher Erfahrungen wäre es angezeigt, sich gerade bei der Verwendung von Namen jener Behutsamkeit zu erinnern, die das alte Preußen ausgezeichnet hat. Wer allzu eifertig, unterwürfig und in dem für uns Deutschen vielfach belegten Selbsthass polnische oder russische Städtenamen den deutschen vorzieht, die oft über 600 Jahre zur Zeit der deutschen Besiedlung benutzt worden sind, setzt sich dem Verdacht aus, die Motive der braunen Zunft beizubehalten. Vor einigen Jahren hieß es in einer Präsesrede der Handelskammer Hamburg: „Jeder kennt und respektiert die jetzigen Grenzen in Europa. Ob es nun Anbiederei ist, Unterwürfigkeit oder nur Gedankenlosigkeit, wenn Ortsnamen, die mit unserer Geschichte untrennbar verbunden sind, allein mit ihren jetzigen polnischen, russischen oder tschechischen Bezeichnungen genannt werden, mag dahingestellt bleiben ... Meine Sorge“ – sagte der Präses – „gilt weniger der Geschichtsklitterung, sondern der logischen Fortsetzung ebendieser Übung, denn wer die Erinnerung an historische Tatsachen durch Namensänderungen auszulöschen versucht, wird morgen folgerichtig von Oswiecim und von Terezin sprechen und nicht mehr von Auschwitz und Theresienstadt.“

Mit den Symbolen des Staates ist es nicht anders. Ich finde es erschreckend, dass die Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes von 1867, die bis 1919 benutzt wurde, heute zum Feldzeichen der Rechtsradikalen geworden ist und von grölenden Skinheads gleichsam als Eroberung präsentiert und missbraucht wird. Unter dieser Fahne sind im Ersten Weltkrieg auch 12 000 jüdische deutsche Soldaten gefallen, deren am Volkstrauertag gerade gedacht worden ist und die unserer Erinnerung ebenso anvertraut sind wie viele Millionen anderer Kriegsoffer, die von fremden Völkern ebenso gefordert worden sind wie von unserem eigenen. Dass weder der Bundespräsident noch die Bundesregierung sich Anfang der 90er Jahre imstande gesehen haben, diesen Missbrauch zu verhindern, stimmt bedenklich. Wird unsere 1922 von Reichspräsident Friedrich Ebert bestimmte Nationalhymne oder das Symbol der Bundeswehr, das von Schinkel geschaffene Eisernes Kreuz, das nächste Opfer der grölenden Jungnazis sein?

Wenn jemand eine besonders objektive Bewertung
im Sinne Rankes verdient, dann die Armee

Im Kontrollratsbeschluss vom 25.2.1947 heißt es, Preußen sei seit jeher „Träger des Militarismus und der Reaktion“ gewesen. Wenn sich die Siegermächte im Hinblick auf ihre Kriegsziele schon dekuvirieren und die Annahme korrigieren wollten, ihr Kampf sei vor allem ein Kreuzzug gegen den Rassenwahnsinn Hitlers gewesen, so war die Behauptung, Preußen sei seit jeher Träger des Militarismus gewesen, eine besonders plumpe Lüge. Gewiss – auch Mirabeau hatte gespottet, Preußen halte sich keine Armee, sondern eine Armee halte sich den Staat. Nur: Die Aufstellung eines verteidigungsfähigen Heeres durch den Großen Kurfürsten und durch Friedrich Wilhelm I. war – wie erwähnt – in erster Linie ein Akt der Notwehr, nachdem im Dreißigjährigen Krieg das schutzlose Land ausgeplündert und von jeder interessierten Seite bedroht worden war. Und: Die Eroberung des wirtschaftlich wichtigen Schlesiens durch Friedrich den Großen entsprach dem Zeitgeist und der verbreiteten Übung aller europäischen Großmächte ebenso wie dem Wunsch der protestantischen schlesischen Bevölkerung. Im Übrigen war der bissige Kommentar der Londoner Times durchaus berechtigt, die im Krimkrieg

gegen Russland, an dem Preußen sich im Gegensatz zu allen anderen großen Nachbarn nicht beteiligte, kritisierte, Preußen sei nur am Konferenztisch zu finden, nicht aber auf dem Schlachtfeld. 1947 schwieg die Times dann, obwohl man auch in England genau wusste, dass zwischen 1701 und 1933 Frankreich mit 28 Prozent, England mit 23 Prozent, Russland mit 21 Prozent, Preußen und das Deutsche Reich aber nur mit acht Prozent an den Kriegen der europäischen Großmächte beteiligt waren. In der Tat: Als preußische Truppen 1864 im Auftrag des deutschen Bundes gemeinsam mit Österreich in Dänemark intervenierten, wusste in Berlin niemand mehr, wie der Salut nach dem Sieg an den Düppeler Schanzen zu gestalten war, denn Waterloo lag fast ein halbes Jahrhundert zurück. Erst der König – als 17-jähriger Leutnant 50 Jahre vorher an den Feldzügen gegen Napoleon I. beteiligt – konnte helfen.

Der oft kritisierte Drill in der Armee sollte im Übrigen keinen blinden Gehorsam schaffen, sondern die Geschwindigkeit beim Nachladen und damit die Überlebenschancen erhöhen, und: Es gibt – worauf schon hingewiesen worden ist – vermutlich bis heute keine Armee, in der die Unterführer selbstständiger operieren können, als es in der preußischen und den ihr nachfolgenden der Fall war. Im Übrigen ist interessant, dass sich im Sprachgebrauch zwar das Sprichwort „So schnell schießen die Preußen nicht“ erhalten hat, dass aber der früher übliche Hinweis der Rekruten, man gehe zu den Preußen, durch „Er ist beim Bund“ ersetzt worden ist.

Die Vorstellung, im alten Preußen sei die Politik von Generälen bestimmt worden, ist falsch, wenn man weiß, dass seine Könige sich vor allem als „erste Diener ihres Staates“ verstanden und erst in zweiter Linie als Oberkommandierende ihrer Armee. Erst Bismarcks Nachfolger, der General von Caprivi, gehört der Generalität an, und Ludendorff hatte im 1. Weltkrieg als erster Militär alle politischen Fäden in der Hand. Die alte preußische Armee hat sich im Inland wie im Ausland höchstes Ansehen erworben – bei Gegnern wie bei Verbündeten. Deutsche Instrukteure wie Steuben und Moltke waren in den USA ebenso geschätzt wie in der Türkei und in China, und die Könige von Schweden und Belgien trugen ihr Eisernes Kreuz nach 1813 mit demselben Stolz wie ein Jahrhundert später Atatürk und der finnische Staatspräsident Mannerheim.

War die Annahme, das totgegläubte Preußen sei noch überall zu finden, voreilig oder gar leichtfertig? Ich denke nein. Wer über Jahrhunderte bewährte Tugenden bewahrt und pflegt oder wer die zu Unrecht vergessenen oder als nicht mehr zeitgemäß verworfenen reaktiviert, gibt sie nicht auf. Das gilt für Toleranz und Redlichkeit, für Maßhalten und Altruismus ebenso wie für Bescheidenheit, Sparsamkeit, Einsatzfreude, Mut und die Bereitschaft zum Dienen, notfalls zu Opfern und Verzicht. Die Gesellschaft – auch bei uns – kann nur überleben, wenn sie Pflichten des Bürgers seinen Rechten gegenüberstellt. Mit anderen Worten:

Suum cuique nach beiden Seiten. Eine Spaßgesellschaft ohne Ernsthaftigkeit hat auf die Dauer keine Chance. Und Lieder wie: „Ich will alles, und zwar sofort“ führen in die Irre. Die „german Angst“ löst Probleme ebenso wenig wie Feigheit vor der Verantwortung, Selbsthass, Selbstentwürdigung und sklavisches Anbiederei. Churchills Hinweis, man habe die Deutschen entweder an der Kehle oder vor sich auf den Knien, zeigt, dass ein solches Verhalten nur Verachtung hervorruft. Heinrich Heine hat den Hang zur Unterwürfigkeit noch deutlicher formuliert: „Der Deutsche gleicht einem Sklaven, der seinem Herrn ohne Peitsche gehorcht.“

Wer aber die preußische Staatsidee erhalten will, ohne dass Preußen jemals wieder so entstehen kann, wie es vor 1947 war, muss auch in Zukunft viel leisten und wenig hervortreten. Jeder von uns ist dem Gemeinwesen ganz persönlich verpflichtet. Auch die Sozialpflichtigkeit des so erfreulich gewachsenen privaten Vermögens gehört zu dieser Ausprägung unseres heutigen „travailler pour le Roi de Prusse“.

Solange Preußens legendäre Tugenden auf diese Weise erhalten oder jedenfalls vermisst werden, finden wir Preußen überall, auch wenn es schon oft totgesagt war. ■